

Vision Rheintal 7.Rheintalkonferenz

Die Beteiligung bei der 7. Rheintalkonferenz war die hoch wie nie zuvor: 42 BürgermeisterInnen, Landtagsabgeordnete sowie Mitglieder der Landesregierung diskutierten zu den Themen regionale Betriebsgebiete und Kinderbetreuung.
Copyright: VLK/ A. Serra

Vision Rheintal
Rheintalgemeinden vertiefen Kooperationen bei regionalen Betriebsgebieten
Möglichkeiten für eine flexiblere Kinderbetreuung werden geprüft

Dornbirn, 30. Mai 2008 - Eine stärkere Zusammenarbeit der Rheintalgemeinden bei regionalen Betriebsgebieten und der Kinderbetreuung ist wünschenswert. Darüber herrschte auf der 7. Rheintalkonferenz breiter Konsens. Die 42 Anwesenden, BürgermeisterInnen und Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung und des Landtags, vereinbarten die weitere Vorgehensweise zu beiden Themen.

Das Thema regionale Betriebsgebiete stellt sowohl für das Land Vorarlberg als auch für die Gemeinden eine große Herausforderung dar. „Wir sind im Rheintal in der Situation, dass es einen großen Bedarf der Unternehmen an Betriebsflächen gibt. Die Zahlen zeigen, wie wichtig dieses Thema für den Wirtschaftsstandort Vorarlberg ist“, betont Wirtschaftslandesrat Manfred Rein.

Von knapp 1000 Hektar an Betriebsgebieten waren 2006 nur mehr 35 Prozent ungenutzt, um sieben Prozentpunkte weniger als fünf Jahre zuvor. „Wir haben Handlungsbedarf, um auch mittel- und langfristig genügend Raum für die Vorarlberger Betriebe bieten zu können“, bekräftigt Rein.

Konkrete Maßnahmen beschlossen. Die 42 anwesenden BürgermeisterInnen und Mitglieder der Landesregierung und des Landtags einigten sich bei der Rheintalkonferenz auf ein Gesamtpaket zum Thema regionale Betriebsgebiete. Zu den geplanten Maßnahmen zählt die Vergabe einer Studie. Sie soll den künftigen Bedarf an regionalen Betriebsgebieten im Rheintal abschätzen. Vergeben wird die Untersuchung gemeinsam von der Raumplanungsabteilung des Landes und Vision Rheintal.

Gleichzeitig werden mögliche Standorte für neue Betriebsgebiete ermittelt. Optimale Standorte zeichnen sich durch eine gute Verkehrsanbindung an Bahn und hochrangiges Straßennetz sowie durch Expansionsmöglichkeiten aus. Zugleich nehmen sie Rücksicht auf andere Nutzungen, wie Wohnnachbarschaften, ökologisch wertvolle Flächen und die Landwirtschaft.

Das Institut für Rechtswissenschaften der TU Wien hat für Vision Rheintal bereits erhoben, welche Maßnahmen andere Bundesländer setzen, um die Verfügbarkeit von Bauflächen für Betriebsgebiete zu gewährleisten. „Diese Ergebnisse werden nun detailliert auf ihre Anwendbarkeit für Vorarlberg geprüft“, kündigt Vision-Rheintal-Projektleiter Martin Assmann an.

Kooperationen immer wichtiger. Verstärktes Augenmerk wollen die Gemeinden künftig auch der Standortentwicklung widmen. Damit sich Betriebsgebiete optimal entwickeln, sollen Planung und Umsetzung vermehrt gemeindeübergreifend erarbeitet werden, beschlossen die Politiker der Rheintalkonferenz.

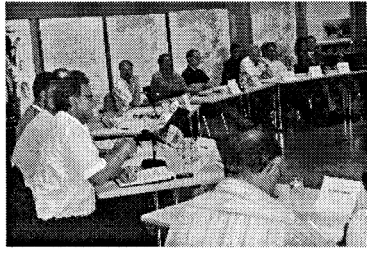
Sie einigten sich auch darauf, die Notwendigkeit von zusätzlichen Ausgleichsmaßnahmen in Zukunft schon bei der Planung neuer Gebiete zu prüfen.

„Schon die bestehenden Mechanismen sorgen für einen erheblichen Ausgleich zwischen den Gemeinden. Werden neue Betriebsgebiete geplant, ist es aber absolut sinnvoll, dass die Gemeinden über den Ausgleich von Nutzen und Belastungen diskutieren“, betont Landesrat Manfred Rein.

Kernthema Kinderbetreuung. Zweites wichtiges Thema der Rheintalkonferenz war die Kinderbetreuung. „Für Eltern soll die Möglichkeit bestehen, ihr Kind in einer anderen Gemeinde zum dort gültigen Tarif betreuen zu lassen, wenn es das benötigte Angebot in der eigenen Gemeinde nicht gibt“, bringt der Vizepräsident des Gemeindeverbandes, der Wolfurter Bürgermeister Erwin Mohr die Diskussion der Rheintalkonferenz auf den Punkt.

„Eine Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen einzelnen Gemeinden ist der richtige Weg“, betont Mohr. „Dem wollen sich die Gemeinden auch stellen. Dennoch muss auch weiterhin eine Versorgung in den einzelnen Gemeinden gewährleistet bleiben.“

„Nicht jede Gemeinde kann und muss dabei das gesamte Spektrum anbieten“, ist auch Projektleiter Assmann überzeugt. Durch die Kombination der bestehenden Betreuungseinrichtungen sei eine optimale Versorgung schon jetzt möglich. Als Hürden sieht er derzeit unter anderem noch



unterschiedliche Tarife, Öffnungszeiten und die Abrechnung zwischen den Gemeinden.

Die Rheintalkonferenz einigte sich auf eine Analyse der Chancen und Hürden, die es auf dem Weg zu mehr Durchlässigkeit zu beachten gilt.

Gezielte Förderungen des Landes. Auch Landeshauptmann Herbert Sausgruber betonte bei der 7. Rheintalkonferenz die Bedeutung der Gemeindezusammenarbeit bei der

Kinderbetreuung: „Die Landesförderungen für die Kinder- und Schülerbetreuung zielen in Richtung Vernetzung und Kooperation. Auch Eltern, die in kleineren Gemeinden wohnen, sollen Zugang zu genau der Betreuung haben, die sie für ihre Situation brauchen.“

Konkret erhalten Kinderbetreuungseinrichtungen, die von mindestens drei Gemeinden finanziert werden, in den ersten drei Jahren eine erhöhte Förderung für Personalkosten. Förderungen gibt es aber auch für einzelne Gemeinden, wenn die zumutbaren Personalkosten für die Kinder- und Schülerbetreuung überschritten werden.

Voraussetzung: Die Gemeinde verpflichtet sich per Beschluss, Eltern zu unterstützen, deren Kinder eine Betreuungseinrichtung in einer anderen Gemeinde besuchen. Und zwar mit mindestens 40 Cent pro Betreuungsstunde. Allerdings unter der Prämisse, dass die benötigte Betreuung innerhalb der eigenen Gemeinde nicht zur Verfügung steht.

Kooperationen als Chance. „Vision Rheintal“ ist ein Projekt des Landes Vorarlberg und der 29 Vorarlberger Rheintalgemeinden. Das Projekt unterstützt konkrete Kooperationsbemühungen und Projekte zwischen den Gemeinden und vernetzt Ideen. Insgesamt soll das Bewusstsein für den gemeinsamen Lebens- und Planungsraum gestärkt werden.

Zwei Mal pro Jahr treffen sich die⁶ BürgermeisterInnen und Landtagsabgeordneten des Rheintals sowie Landesregierung und erweitertes Landtagspräsidium zur Rheintalkonferenz, um über die gemeinsame Zukunft zu beraten und zu entscheiden. Ganzjährig arbeiten Experten, Politiker und interessierte Bürger themenbezogen an der Umsetzung von Projekten.

02.06.2008 Gemeinde Übersaxen ■ [Duell.r](#)